

Für den politischen Theil:  
C. Fontane,  
für Feuilleton und Vermischtes:  
J. Steinbach,  
für den übrigen redakt. Theil:  
H. Schmiedeknecht,  
sämmtlich in Posen.  
Verantwortlich für den  
Inseratenthail:  
J. Klugkist in Posen.

# Posener Zeitung

Siebenundneunzigster

Jahrgang.

Inserate  
werden angenommen  
in Posen bei der Expedition  
Zeitung, Wilhelmstraße 17,  
ferner bei G. Ad. Schöb, Hofplatz,  
Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke,  
O. Hiebel, in Pirna  
J. Neumann, Wilhelmplatz 8,  
in Gnesen bei S. Chraplewski,  
in Meieritz bei Ph. Kallbas,  
in Breslau bei J. Jabelka  
u. b. d. Inserat-Annahmestellen  
von G. L. Pante & Co.,  
Saalestein & Pögl, Rudolf-Wasse  
und „Zentralbank“.

Nr. 720

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal,  
an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal,  
an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt viertel-  
jährlich 4.50 M., für die Stadt Posen, 5.45 M., für  
den Rest Deutschlands. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen  
der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Mittwoch, 15. Oktober.

Inserate, die schlagspaltige Zeitzeile oder deren Raum  
in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite  
20 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevorzugter  
Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die  
Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für die  
Morgenausgabe bis 6 Uhr Nachm. angenommen.

1890

## Politische Uebersicht.

Posen, 15. Oktober.

Nationalliberale Blätter haben die Behauptung, daß eine „sozialpolitische Fronde“ bestehe, mit großer Entschiedenheit zurückgewiesen. Nunmehr schreibt die „Köln. Ztg.“, welche seit dem 20. Februar unablässig gegen das „vernunftwidrige“ allgemeine Wahlrecht eifert, unter der Ueberschrift „Ein moderner Götz“ abermals gegen das Reichswahlgesetz:

Dieses Wahlgesetz besitzt zahlreiche blinde Verehrer, aber es besitzt keinen einzigen verständlichen Verteidiger, der mit der unzerbrechlichen Waffe der Logik und der Erfahrung seine Sache zu führen wüßte. Die Pfaffen dieses modernen Götzens begnügen sich damit, den Schmerzensruf nach Vernunft und Gerechtigkeit durch die laut erhobene Stimme des Vorurtheils und der harten Parteilichkeit zu überdecken. Wir begegnen auch nicht dem schüchternsten Versuch, das grundlegende Prinzip zu rechtfertigen, daß das Wahlrecht das, was sich in der Wirklichkeit als die größte Ungleichheit darstellt, künstlich darstellen müsse, daß der Unverstand und die Rohheit in unserem Staatswesen mehr Recht und mehr Einfluß haben müssen als die Intelligenz, das Verstand und die Intelligenzgefühl und die in vielseitiger Thätigkeit erworbene Lebenserfahrung.

Man braucht nicht zur Kennzeichnung dieser Auslassungen auf Aeußerungen von Kartellpolitikern, welche, wie noch jüngst L. Bornhauf, das allgemeine Wahlrecht verteidigen, zu verweisen; es genügt die Erinnerung, daß im Reichstage 1867 Niemand so warm für dasselbe eingetreten ist wie Fürst Bischoff und sein Gehilfe Hermann Wagener. Doch das Wahlrecht ist nur der Punkt, an dem eine neue Philippika gegen die heutige Sozialpolitik einsetzt. Die „Köln. Ztg.“ schreibt in demselben Artikel:

Wer die Stimmung der führenden Kreise der Nation gegenüber den unheimlichen Arbeiter-Organisationsgedanken verworrenen Theoretiker und unpraktischer Projektentwerfer begreifen will, wer die Kraft und Entschlossenheit des Widerstandes abmessen will, welchen jene Kreise allen naiven Experimenten entgegenstellen würden, der muß bedenken, daß die Intelligenz, welche in einem wichtigen Theile unseres Staatswesens politisch vergeblich ist, nicht die geringste Lust hat, sich auch noch wirtschaftlich vergewaltigen zu lassen. Man wird dann auch die Bitterkeit und den strafenden Ernst verstehen, mit welchem diese Kreise das kindische Spiel betrachten, welches unverantwortliche Phantasten und Volksbeglucker auf wirtschaftlichem Gebiete mit dem verhängnisvoll vieldeutigen Schlagwort „Gleichberechtigung der Arbeiter“ treiben. Was soll uns ein unklarer Schlagwort, welches in den Massen, in die es von populärstrebenden Streibern geworfen wird, nur Hoffnungen erwecken könnte, die sich ohne Bedrohung der bestehenden Eigentums- und Gesellschaftsordnung nicht erfüllen können. Das Spielen mit solchen feuergefährlichen Sachen kennzeichnet sich als grober Unfug.

Die „Voss. Ztg.“ stellt diesen fanatischen Auslassungen nur folgenden Satz entgegen: „Eine der Hauptaufgaben der Staatsgewalt ist, die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so zu regeln, daß die Erhaltung der Gesundheit, die Gebote der Sittlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse und ihr Anspruch auf gesetzliche Gleichberechtigung gewahrt bleiben.“ Diese Worte hat kein unpraktischer Projektentwerfer, kein unverantwortlicher Volksbeglucker, sondern der deutsche Kaiser Wilhelm II. gesprochen. Und da soll noch immer nicht von einer „sozialpolitischen Fronde“ geredet werden dürfen?

Der gleichzeitig aus Wien und aus London eingetroffenen Meldung, daß zur Zeit zwischen den europäischen Regierungen bezüglich der Mac Kintley-Bill Verhandlungen stattfinden, wird in den unserer Regierung nahestehenden Kreisen nicht widersprochen. Die Anregung dazu soll jedoch nicht von Deutschland allein, sondern, nachdem die Nachricht eingetroffen war, daß die Bill Gesetzeskraft erhalten habe, gleichzeitig von mehreren Seiten ausgegangen sein. Es dürfte sich indeß, wie man der „Magdeb. Zeitung“ schreibt, vorläufig nicht schon um eigentliche Maßregeln handeln, die vorzugsweise in der Erleichterung des nordamerikanischen Exports nach Europa zu suchen wären, sondern zunächst wohl nur um einen Austausch der Meinungen und um die Herstellung eines Einverständnisses darüber, daß gegebenen Falls, um des erforderlichen Nachdruckes nicht zu entbehren, übereinstimmend und gemeinschaftlich vorzugehen sei. Einstweilen herrscht in sachverständigen Kreisen die Ansicht vor, daß diese auf das höchste Maß hinaus geschraubte nordamerikanische Schutzpolitik ohne schwere Schädigung der dortigen industriellen Verhältnisse, namentlich aber der einheimischen Landwirtschaft nicht lange aufrecht erhalten werden könne.

Der so oft angekündigte und ebenso oft ausgebliebene Uebergang der sogenannten Unabhängigen Rechten zur Republik, d. h. die Trennung der etwa 50 Mitglieder umfassenden Pionier-Gruppe von der Partei-Organisation der Rechten, soll nach dem „Matin“ wieder einmal unmittelbar bevorstehen. Für die Republik als Staatsgrundsatz wäre der

offene Uebergang jener Gruppe ja zweifellos ein Triumph. Fragwürdiger stellt sich der wirkliche Gewinn vom praktischen Standpunkt aus betrachtet. Die republikanischen Parteien werden damit noch um eine Fraktion vermehrt werden, und zwar würde diese neue Partei durch ihre klerikalen Bestrebungen sich bald in ausgesprochenen Gegensatz zu den alten setzen. Eine Erstarkung des Klerikalismus wäre die naturgemäße Folge dieser Umbildung, und demgegenüber gilt auch heute noch das Wort: „Der Klerikalismus ist der Feind!“ Die aufbringlichste Verkörperung dieser Bestrebungen stellt der frühere Bonapartist Duqué de la Fauconnerie dar, der öffentlich erklärte, er werde, falls man im Parlament über die Regierungsform abstimmen sollte, für die Republik stimmen. Bei dieser Erklärung erinnert man sich einer andern, desselben Abgeordneten, der seinerzeit Cassagnac mittheilte, er sei nur deshalb für die Aufrechterhaltung der Republik, weil er sie als das beste Mittel zur Herstellung eines klerikal-konservativen Regiments betrachte.

Ueber die Gründe der Flucht der beiden irischen spanische Abgeordneten O'Brien und Dillon aus Tipperary hat der in Newyork angekommene Abgeordnete de Vill in einer Unterredung mit Vertretern der Presse ausgeführt, die Flüchtlinge kämen nach Amerika, um dem amerikanischen Volke Aufschluß über die große Verschwörung zu geben, die im Werke sei, um die irische Nationalpartei in Irland zu vernichten. Dillon und O'Briens wären durchaus Willens gewesen, auszuweichen und das Gefängnis zu erdulden, aber sie hätten gehört, daß man den Prozeß bis Weihnachten zu verlängern beabsichtige, und ferner, daß die Krone in Gemäßheit eines aus der Regierungszeit Eduard III. herrührenden Gesetzes vorgehen wolle, welches das Appellrecht ausschließe. Die Führer der Partei hätten daher beschloffen, Dillon und O'Brien heimlich nach Amerika zu senden, um dort die gegen sie gerichtete Verschwörung zu erklären und Fonds zur Vereitelung derselben aufzubringen. Nach Lösung dieser Aufgabe würden sie wieder nach Irland zurückkehren, denn sie seien nicht geflüchtet, um sich den Händen der Gerichte zu entziehen.

Gegenüber dem Katholikentag in Saragossa hat die Regierung eine äußerst schwierige Stellung. Dem Fernerstehenden ist es für den Augenblick noch nicht möglich, die Ursachen der standalösen Vorgänge genau zu unterscheiden, da sehr viel hierbei in geheimen Sitzungen gethan wurde, über welche in die Öffentlichkeit verschiedenes lautende Mittheilungen dringen. Jedenfalls aber bedeutet dieser Katholikentag eine recht bedenkliche Wendung in dem Wirken und der Stellung der katholischen Kirche in Spanien. Es kam, um es kurz zu sagen, zu einem offenen Aufruhr der niederen Geistlichkeit, der Intransigenten und der Karlisten gegen den Episkopat. Die innere Ursache ist der Aergers der fanatischen Katholiken über die etwas vermittelnde Haltung der gegenwärtigen konservativen Regierung gegenüber dem Liberalismus. Auf der klerikalen Seite hatte man erwartet, daß mit dem Sturze des Kabinetts Sagasta die kirchlichen Interessen wieder die erste Stelle in dem Programm der Konservativen einnehmen werden, während Canovas del Castillo bisher den militärischen und den administrativen Fragen die größere Sorgfalt zuwandte. Er erklärte auch, daß er das allgemeine Stimmrecht nicht antasten wolle, worin die Klerikale ein Paktiren mit dem Liberalismus erblickten. Die höhere Geistlichkeit stellte sich, wenn auch nicht ohne Widerstreben, auf die Seite des Kabinetts und versprach demselben seine volle Unterstützung. Hiergegen nun versuchten die „Integranten“ im Geheimen zu agitieren, indem sie unter der Bevölkerung die Interessen der Kirche als gefährdet hinstellten und die Prälaten der Jahnensflucht beschuldigten. Gleichzeitig dachten sie, der Regierung Schwierigkeiten schaffen zu können, wenn sie gegen Italien in der maßlosesten Weise hekten und die spanischen Staatsmänner, welche nicht offen von Italien die Herausgabe von Rom fordern wollten, als Helfershelfer des gegen den Papst ausgeführten „Attentats“ bezeichneten. Der katalonische Priester Sarda, einer der fanatischsten Karlisten, hielt einen Vortrag über die Nothwendigkeit der Wiederherstellung des Kirchenstaates, worin er nur von dem „Revolutionär Humbert“ sprach, den er mit Remus verglich, weil er dem Romulus die Herrschaft über die ewige Stadt entreißen wolle, und dem er das gleiche Geschick wünschte, welches dem Remus von Romulus bereitet wurde! — Während dieser Rede riefen die anwesenden Integranten durch lärmende Beifallsrufe mehrmals turbulente Szenen innerhalb des Kongresslokales hervor, und trotz der Vorstellungen des Kardinals Benavides erklärte ihr Führer Nocedal, sie würden am folgenden Tage während der Rede des Priesters Orti y Lara noch größere Manifestationen veranstalten. Als deshalb die Sitzung am folgenden Tage eröffnet wurde, theilte der Kardinal mit, daß

Orti y Lara „wegen Erkrankung“ seine Rede nicht verlesen könne, worauf gegen hundert Integranten lärmend den Saal verließen. — Die ministeriellen Blätter haben bis jetzt noch kaum Worte gefunden, wie sie diese für sie selbst offenbar ganz überraschend gekommenen Vorgänge beurtheilen sollen. Die „Epoca“ sagt, jene Elemente suchten sich fälschlich als Generalpäpster des katholischen Glaubens aufzuspielen, während sie in Wahrheit nur Revolutionäre und Abtrünnige seien; und Italien gegenüber sucht man in offiziellen Kreisen jede Gemeinschaft mit den Reden in Saragossa von sich zu weisen.

## Deutschland.

Berlin, 14. Oktober.

— Zu der Vermählung der Prinzessin Viktoria von Preußen, der Schwester unseres Kaisers, mit dem Prinzen Adolf von Schaumburg-Lippe wird die bei Bonn am Rhein gelegene Villa, welche das junge Paar später zu vorübergehendem Aufenthalt beziehen wird, zur Zeit einer gründlichen Renovierung unterzogen. Die jüngste Anwesenheit der Kaiserin Friedrich daselbst galt dem Zweck, selbst die letzten Anordnungen zu treffen.

— Der Großfürst und die Großfürstin Wladimir sind gestern zum Besuch bei dem Herzog und der Herzogin von Edinburgh in Koburg eingetroffen.

— Nach der „Voss. Ztg.“ hat Oberbürgermeister von Jordenbeck in Sachen der Moltke-Adresse sämtliche Bürgermeister des deutschen Reiches und zwar von allen denjenigen Städten, die über 50 000 Einwohner haben, zu einer großen Versammlung nach Berlin eingeladen. Die Versammlung soll am Sonnabend, den 18. d., Nachmittags, im großen Saale des Rathhauses stattfinden. Auf derselben soll festgestellt werden, in welcher Weise sich die bezeichneten Städte an den demnächst statthabenden Ovationen für den greisen Feldmarschall zu betheiligen gedenken. Gleichzeitig ist folgende amtliche Publikation erlassen worden:

Die in den öffentlichen Blättern enthaltenen Nachrichten scheinen nach eingezogener Erkundigung nicht unbegründet zu sein. Ein Lithograph Herr Senger soll die Unterschriften des Aufrufes gesammelt haben und hat dann, wie es scheint, ohne vorherige nähere Verabreichung mit den Herren Unterzeichneten den Aufruf veröffentlicht. Die Gemeindebehörden Berlins sind erst nach Veröffentlichung des Aufrufes durch Ueberreichung eines Exemplars benachrichtigt worden. Dieses Vorgehen hat den größten Theil der Unterzeichner des Aufrufes veranlaßt, sich ganz von der Sache zurückzuziehen, so daß im Augenblick ein die Sache betreibendes förmliches Komite nicht zu existieren scheint. Dagegen haben wohl 766 größere und kleinere Städte in Posen von 5 M. bis 2000 M., zusammen 21 700 M., der Deutschen Bank zur Förderung des Unternehmens eingelaunt. Nach mündlichen Aeußerungen wird dieselbe bis auf Weiteres vorläufig diese Beträge annehmen. Unter den größeren Städten haben Frankfurt a. O., Augsburg, Stuttgart, Karlsruhe, Gotha Beiträge eingelaunt. Berlin beabsichtigt nach dem vom Magistrat gebilligten Beschlusse einer gemischten Deputation — 1) bei der Altersversorgung-Anstalt der Kaiser Wilhelm- und Augusta-Stiftung eine Zweigstiftung unter der Bezeichnung „Moltke-Stiftung“ zu errichten und dieselbe mit einem Kapital von 50 000 M. auszustatten, zugleich mit der Bestimmung, daß die Auswahl der Aufzunehmenden dem Herrn Grafen v. Moltke für seine Lebenszeit zustehen soll; 2) dem Moltke-Komite in Paderborn einen Beitrag von 10 000 M. zu der in Paderborn in Antikipation an die Geburtsstätte des Grafen v. Moltke zu errichtenden gemeinsamen Moltke-Stiftung zur Verfügung zu stellen; 3) dem Feldmarschall Grafen v. Moltke an seinem Geburtstag eine Glückwunschsadresse durch eine Deputation beider Gemeindebehörden überreichen zu lassen, — und hat die Theilnahme an der Sengerischen Adresse mit Rücksicht auf die Beschlüsse abgelehnt. Ueber diese Beschlüsse wird in nächster Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung Beschluß gefaßt werden. Es scheint mir nun dringend erforderlich, daß die betheiligten Städte aus sich oder durch Korrespondenz mit den ursprünglichen Unterzeichnern des Aufrufes ein neues Komite zur Ordnung der Angelegenheit errichten und bin ich meinerseits gern bereit, wenn dies gewünscht wird, dabei mitzuwirken. Der Oberbürgermeister, gez. v. Jordenbeck.

— In juristischen Kreisen neigt man sich, nach dem „Hamb. Corr.“ der Ansicht zu, daß der Präsident der Reichsbank, Dr. Koch, den Vorsitz in der zweiten erweiterten Kommission zur Ausarbeitung eines bürgerlichen Gesetzbuches übernehmen werde. In der Literatur über den Entwurf ist Dr. Koch mit einer viel beachteten Schrift vertreten, doch wäre es denkbar, daß Dr. Koch in seiner Eigenschaft als Reichsbank-Präsident Bedenken gegen seine Berufung geltend machen würde.

— Zu der Entscheidung der Regierung, daß den preussischen Privatnotenbanken bei Ablauf ihrer Notenprivilegien die letzteren nicht erneuert werden sollen, bemerken die „V. Pol. Nachr.“:

Damit wird nun ein weiterer Schritt in der ganzen bisherigen Entwicklung des Banknotenwesens gethan. Bei Erlaß des Bankgesetzes vom 14. März 1875 gab es noch 33 Notenbanken mit einem ununterbrechbaren ungedeckten Notenumlauf von 385 Millionen, wovon 250 Millionen auf die Reichsbank entfielen. Heute giebt es solcher Banken nur noch 14. Die größere Anzahl von 19 hat inzwischen auf die Befugnis zur Notenausgabe verzichtet. Es war dies bis zum 1. April 1876: die kaiserliche Privatbank



Rommern (Stettin), die Bank des Berliner Kassenvereins, die Kommunalständische Bank für die preussische Oberlausitz (Görlitz), die Leipziger Bank, die Weimarer Bank, die Oldenburgische Landesbank, die Mitteldeutsche Kreditbank in Meiningen, die Privatbank zu Gotha, die Anhalt-Desauische Landesbank, die Thüringische Bank (Sondershausen), die Geraer Bank, die Niedersächsische Bank (Hildesburg) und die Lübecker Privatbank. Es folgten ihnen im Jahre 1876 die landgräflich hessische konfessionelle Landesbank, 1877 die Rostocker Bank, 1886 die Kommerzbank in Lübeck, 1887 die Privatbank in Köln und 1889 die Hannoversche und die Bremer Bank. Da § 9 des erwähnten Bankgesetzes die diesen Banken zustehenden Anteile an dem Gesamtbetrage des der Steuer nicht unterliegenden ungedeckten Notenumlaufs der Reichsbank zuweist, so hatte sich der letztere am 1. Oktober 1889 auf 286 585 000 Mk. erhöht. Die preussischen Banken, die nunmehr in Frage ständen, sind die Städtische Bank in Breslau, die Magdeburger Privatbank, die Danziger Privatbank und die Provinzial-Aktienbank des Großherzogthums Meissen, deren Anteile insgesamt 4 934 000 Mk. umfassen. Ihr Notenrecht erlischt am 1. Januar 1891. Am Anfang nächsten Jahres wird demnach der Anteil der Reichsbank auf 291 519 000 Mk. angewachsen sein. Das Notenrecht der dann noch einzig übrig bleibenden preussischen Privatbank, der Frankfurter Bank, mit einem Anteil von 10 Millionen, ist von unbestimmter Dauer, kann jedoch gekündigt werden. Außer ihr und der Reichsbank werden im nächsten Jahre noch die Bayerische Notenbank, die Sächsische Bank in Dresden, der Leipziger Kassenverein, die Chemnitzer Stadtbank, die Württembergische Notenbank und die Bank für Süddeutschland in Darmstadt, also 9 Banken, Banknoten ausgeben.

Eine vermehrte Schweine-Einfuhr aus Oesterreich steht der „Köln. Ztg.“ zufolge durch eine neuerliche Konzeßion der österreichischen Regierung demnachst zu erwarten. Bisher hielten die österreichischen Behörden an der Durchführung der Beobachtungssperre der für die Einfuhr nach Deutschland bestimmten Schweine fest, die in keiner Beobachtungssperre gestanden hatten, nicht eingeführt werden konnten. Nunmehr hat aber die österreichische Regierung gestattet, daß über Szekowka Schweine aus Oesterreich in die öffentlichen Schlachthäuser zu Venthien, Myslowitz, Gleiwitz, Oppeln, Rybnik und Ratibor auch ohne Beobachtungssperre ausgeführt werden, und nur die Bedingung gestellt, daß diese Schweine sämtlich durch österreichische Staatsärzte bezüglich ihres Gesundheitszustandes vor der Ausfuhr geprüft werden. Dadurch sind der Schwarzvieheinfuhr nach Oesterreich neue Bahnen eröffnet und es steht zu erwarten, daß sich über Szekowka ein bedeutender Schwarzviehhandel dorthin entwickeln wird, welcher besonders deshalb werthvoll ist, weil über diese an der galizischen Grenze liegende Einfuhrstation im Gegenfatz zur ungarischen Schweine-Einfuhr hauptsächlich Fleischschweine zur Einfuhr gelangen werden. Thatsächlich sind am ersten Einfahrtage, am letzten Dienstag, auch bereits größere Mengen eingeführt worden.

**Karlruhe, 14. Okt.** Die vom Großherzog gestifteten zwölf Landwehr-Bataillons-Fahnen sind gestern feierlich genagelt und geweiht worden. Nägel wurden eingeschlagen vom Großherzog und der Großherzogin, vom Erbprinzen und der Erbprinzeßin, vom Kronprinzen von Schweden, vom Prinzen Karl von Baden und vom General-Lieutenant v. Mantey im Auftrage des kommandirenden Generals des XIV. Armeekorps. Bei dem darauf folgenden Dejeuner brachte der Großherzog einen Toast auf Se. Majestät den Kaiser Wilhelm aus.

## Kongreß der Sozialdemokraten Deutschlands.

(Nachdruck verboten.)

h. f. Halle, 12. Oktober.

Der Kongreß wurde von dem Abgeordneten Liebknecht mit etwa folgender Ansprache eröffnet: Als Vortrager von den Einberufern dieses Kongresses, ist mir der ehrenvolle Auftrag geworden, den Kongreß zu eröffnen und die Delegirten und Gäste willkommen zu heißen. Wir haben die Zahl der Delegirten von Anfang an hoch geschätzt, unsere Erwartungen sind jedoch noch erheblich übertroffen worden. Es ist das ein Beweis von dem riesigen Wachstum der sozialdemokratischen Partei. Seit 13 Jahren sind wir wiederum in der Lage, auf deutschem Boden einen Kongreß abzuhalten. In diesen 13 Jahren liegen 12 Jahre schweren Kampfes. Die Sozialdemokratie, anstatt sich feig zu ergeben, hat die Schläge stets parirt. Groß sind allerdings die Opfer gewesen. Vermögen, Existenz, Gesundheit und Leben sind geopfert worden. Diese Opfer haben aber die Reihen der Genossen nicht gelichtet, im Gegenteil für jeden niedergeworfenen Kämpfer entstanden neue Streiter. Das arbeitende Volk sah ein, daß die Erlösung der darbenenden Menschheit nur von der Sozialdemokratie bewirkt werden kann. In jüngster Zeit schrieb die gegenwärtige Presse: der Beschluß, die Berichterstatter der gegnerischen Zeitungen zuzulassen, ist uns wieder leid geworden, da wir doch so manche Geheimnisse zu verhandeln, schmuckige Wäsche zu waschen hätten. Nun, der Kongreß tagt bei voller Öffentlichkeit. Wir haben die Berichterstatter aller gegnerischen Blätter zugelassen. Wir haben die Öffentlichkeit in keiner Weise zu scheuen, wir haben weder etwas zu verheimlichen noch zu verheimlichen. Es ist kein Zweifel, daß auf uns nicht bloß die Arbeiter der ganzen zivilisirten Welt, sondern auch unsere Feinde blicken. Wie der 20. Februar bewiesen, ist die Sozialdemokratie nicht bloß die größte, sie ist auch die leitende Partei in Deutschland. Um die Sozialdemokratie dreht sich mehr oder weniger die ganze Gesetzgebung. Dies verpflichtet uns aber auch, uns dieser unserer Stellung würdig zu zeigen. Wir wollen mit Ernst und Eifer an unsere Arbeit gehen und die Hoffnungen der Gegner, daß innerhalb der Sozialdemokratie ein Zwiespalt entstehen könnte, zu Schanden machen. Nun ersuche ich Sie, mit mir in den Ruf einzustimmen: die internationale Sozialdemokratie lebe hoch! (Die Delegirten erheben sich und stimmen dreimal begeistert in dieses Hoch ein.) — Auf Antrag des Vergolders (Wald Berlin), früheren Berliner Stadtverordneten, wurden die Abgg. Singer und Diez ins Präsidium, sowie acht Schriftführer gewählt.

Nach Feststellung der Geschäftsordnung wurde eine Mandats-Prüfungs-Kommission gewählt und alsdann die Sitzung geschlossen. Wie ich von bestunterrichteter Seite erfahre, sind aus Anlaß des Kongresses die Militärämter verstärkt und ein Theil des Militärs in den Kasernen in Bereitschaft gehalten.

Halle, den 13. Oktober.

Gegen 9<sup>1/2</sup> Uhr Vormittags eröffnet Abg. Singer die Versammlung mit der Mittheilung, daß Delegirte aus Oesterreich, der Schweiz, Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark, Schweden und Rußland eingetroffen seien. „Ich begrüße im Namen des Kongresses die ausländischen Genossen aufs herzlichste. (Lebhaftes Bravo.) Ihr Erscheinen liefert den unwiderleglichen Beweis, daß die von den Gegnern so oft angezwiefelte Solidarität des Proletariats keine bloße Phrase ist und daß die Arbeiter bemüht sind, das Wort von Carl Marx: „Proletarier aller Länder vereinigt Euch“ zur Wahrheit zu machen. Mögen die ausländischen Genossen die Ueberzeugung mit nach Hause nehmen, daß die deutschen Sozialdemokraten bemüht sind, das Band der Internationalität der Arbeiter immer mehr zu erweitern und zu befestigen, daß sie bemüht sind, die Banden der Unwissenheit und die Fesseln der Armut, Sklaverei und des kapitalistischen Lohnsystems zu brechen. (Bravo.) Ich ersuche Sie noch, das Andenken der seit dem Kon-

greß in St. Gallen im Kampfe für das Proletariat gefallenen Genossen durch Erheben von den Sigen zu ehren. (Dies geschah.) Der Vorsitzende verlas alsdann Begrüßungstelegramme aus einer Reihe von Städten in Oesterreich, Ungarn, Frankreich, Italien, Belgien, Holland, Dänemark, Schweden und aus einer ganzen Reihe deutscher Städte. Ein Telegramm ist aus Buenos-Ayres und eins von dem kommunistischen Arbeiterverein in London eingetroffen. Das Begrüßungstelegramm aus Italien sei, außer von zahlreichen italienischen Genossen, von etwa einem Duzend italienischer Professoren unterzeichnet. — Der holländische Abgeordnete Niemmenhuis (Haag) begrüßte alsdann den Kongreß im Namen der holländischen, Dr. Adler-Wien im Namen der österreichischen Sozialdemokraten.

Buchdruckereibesitzer Werner (Berlin) stellte den Antrag: der Kongreß möge entscheiden, ob die Abgeordneten, die kein Mandat besitzen, auch Stimmrecht haben. — Auf Antrag des Abg. Auer wurde festgestellt, daß 11 Abgeordnete kein Mandat haben. — Es entspann sich nun eine sehr lebhafteste Debatte. Abg. Bebel bemerkte: Es wäre sämtlichen Abgeordneten ein Leichtes gewesen, ein Mandat zu erhalten, allein eine Anzahl Abgeordneter hat es vorgezogen, die Mandate denjenigen Genossen zu überlassen, die nicht Abgeordnete sind. Ich ersuche Sie deshalb, die angeregte Frage in dem Sinne zu erledigen, wie es in dem § 8 des Organisations-Entwurfes vorgeschlagen ist, wonach die Mitglieder des Parteivorstandes in allen, die parlamentarische und die geschäftliche Leitung der Partei betreffenden Fragen eine beratende Stimme haben. Diesem Antrage wurde schließlich beigestimmt. Hierauf begrüßte Hohenberg (Kopenhagen) im Namen der dänischen Sozialdemokraten die Versammlung.

Brandis (Stockholm) begrüßte noch im Namen der schwedischen und Aniele (Genf) im Namen der belgischen Sozialdemokraten den Kongreß. — Inzwischen sind noch der bekannte Regierungsbaumeister Kessler und der sozialdemokratische Kandidat des zweiten Berliner Reichstagswahlkreises Buchbinder Janiszewski, ehemals Führer der polnischen Sozialdemokraten, erschienen. — Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete der Bericht der Parteileitung. Der Berichterstatter, Abg. Bebel bemerkte: Als vor zwölf Jahren das Sozialistengesetz verkündet wurde, und wir in einer geradezu unerhörten Weise verfolgt wurden, da glaubte wohl niemand, daß wir uns heute auf deutschem Boden in dieser großen Anzahl versammeln würden. Allerdings ist die Zahl der Opfer, die das Sozialistengesetz gefordert hat, eine sehr große. Etwa achtzig Personen mußten ins Ausland wandern und sind zum Theil dort zu Grunde gegangen. Wenn wir uns gegen den Druck gewehrt haben, wer konnte uns das verübeln. Es war ein Aderlaß, wie er einer Armee zugefügt wird, die eine große Schlacht verloren hat. Dieser Aderlaß hat aber der Partei nicht nur nichts geschadet, sondern im Gegenteil ihr nur neues Blut zugeführt. Die Schläge, die gegen uns geführt wurden, hätte jede andere Partei niedergeworfen. Es wurden gleich nach Erlaß des „Schandgesetzes“ vierzig politische und vierzehn gewerkschaftliche Blätter unterdrückt, 155 periodische Druckschriften und etwa achtzig Einzel-Exemplare wurden verboten. Im Ganzen wurden von 1878 bis 1890 etwa vierzehnhundert Druckschriften auf Grund des Sozialistengesetzes verboten, neunhundert Ausweisungen erfolgten und da, es kann ja heute ausgesprochen werden, die Genossen sich in vielen Orten geheime Organisationen schafften, so wurden etwa 300 Geheimbundprozesse geführt und etwa 1500 Personen mußten wegen Verletzung der §§ 128 und 129 des Strafgesetzbuches ins Gefängnis wandern. Rechnet man hinzu die Verurtheilung wegen Majestätsbeleidigung, Verletzung der §§ 130 und 131 des Strafgesetzbuches, wegen Aufruhrs, Landfriedensbruches u. i. w., so wurden während der Dauer des Sozialistengesetzes gegen Genossen etwa 1000 Jahre Gefängnis, zum Theil sogar Zuchthausstrafen verhängt. Außerdem wurden zahlreiche Vereine, Genossenschaften, Druckereien geschlossen, Kassen konfiszirt, allein trotz all dieser Verfolgungen waren die herrschenden Klassen sehr bald genöthigt, uns Konzeßionen zu machen. Selbst Fürst Bismarck erklärte im Reichstage: „Wir, d. h. die herrschenden Klassen, müssen uns eben daran gewöhnen, daß es ohne ein Bischen Sozialismus nun nicht mehr geht“. Was Fürst Bismarck und die herrschenden Klassen unter Sozialismus verstehen, ist ja allgemein bekannt. Ueber den Werth des Parlamentarismus wird ja noch verhandelt werden. Jedenfalls darf ich wohl sagen, daß ohne unsere Antheilnahme an den parlamentarischen Arbeiten, ohne daß uns die Reichstagstribüne zur Verfügung gestanden hätte, solche Erfolge nicht erzielt worden wären. Ich bin der Meinung, daß es sich empfehlen wird, diese Taktik auch fernerhin zu befolgen. (Lebhafter Beifall.) Die ausländischen Genossen stellen uns bekanntlich als Musterpartei hin und sind bestrebt, unsere Taktik nachzuahmen. Ich will hierbei bemerken, daß die Gesamtpartei als eine geheime Organisation niemals bestanden hat, einfach weil sie nicht bestehen konnte, da sie sehr bald entdeckt worden wäre. Jedenfalls ist die Partei trotz aller Verfolgungen in jeder Beziehung ins Unendliche gewachsen; sie hat durch ihre starke Betheligung an dem internationalen Arbeiter-Kongreß in Paris bewiesen, daß sie sich ihres internationalen Charakters bewußt ist. Wir haben die Genugthuung gehabt, daß das, was auf dem Pariser Kongreß beschlossen worden ist, in den kaiserlichen Erlassen vom 4. Februar d. J. Anerkennung gefunden hat.

Im Jahre 1871 wurden für unsere Kandidaten 102 000, im Jahre 1890 1 127 000 Stimmen abgegeben. Damit wurde bewiesen, daß unsere Partei die größte in Deutschland ist. Es bestehen augenblicklich 19 täglich erscheinende politische Parteiblätter in Deutschland mit insgesamt 120 400 Abonnenten. Außerdem erscheint eine Reihe von Wochenblättern, so daß insgesamt 59 politische Blätter mit 254 000 Abonnenten und 41 gewerkschaftliche Blätter mit 200 000 Abonnenten bestehen. Insgesamt erscheinen, soweit der Parteileitung bekannt, 104 Zeitungen mit etwa 600 000 Abonnenten. Außerdem ist die Literatur der Partei ganz außerordentlich gewachsen. Dasselbe günstige Resultat ist bezüglich der Gelder der Partei zu berichten. Auf dem Kongresse in Wyden hatte die Partei einen Kassenbestand von 37 000 Mark, auf dem Kongreß zu Kopenhagen 95 000 Mark, auf dem Kongreß zu St. Gallen 188 000 Mark. Für den Wahl- und Diätenfonds gingen in den letzten drei Jahren ein 197 125 Mark. Verausgab wurden 78 800 Mark für die Wahlagitatorien und 17 300 Mark für Diäten. Für den Elberfelder Prozeß wurden 19 000 Mark gemeldet. Da wir aber bloß eine Ausgabe von 13 000 Mark hatten, so hatten wir noch ein Plus von rund 6000 Mark. Außerdem hatte die Partei, die auch bisweilen Vörsengeschäfte machte (Heiterkeit) einen Kursgewinn von 3884 Mark. Es wurden außerdem Gelder gesammelt für die Hinterbliebenen des verstorbenen Hafencleber 15 388 Mark, für die Hinterbliebenen der verstorbenen Genossen Kaiser und Kräder 4099 Mark. Die Einnahmen der Parteikasse betrugen innerhalb der letzten 3 Jahre 390 000 Mark, die Ausgaben 383 325 Mark, jedoch der Kassenbestand 7204 Mark beträgt. Einschließlich des Kassenbestandes von früher betrugen die Gesamteinnahmen 171 829 Mark. Wir werden genöthigt sein, entsprechend den veränderten Verhältnissen, unsere Agitation einzurichten. Bereits ist es uns gelungen, den festen Thurm des Zentrums zu erschüttern. Wir müssen bemüht sein, in dieser Beziehung das „Untergrabungs-Geschäft“ weiter fortzusetzen. Ferner werden wir genöthigt sein, ein Organ für die ländliche, ein weiteres Organ für die polnisch redende Arbeiterbevölkerung und endlich ein Organ für Elsaß-Lothringen zu

gründen. Wir wollen uns unserer weltgeschichtlichen Mission nicht bewußt bleiben und sowohl unseren Gegnern als auch den Zweiflern in den eigenen Reihen den Beweis liefern, daß unser Zeistern ist: Vorwärts! Vorwärts! (Stürmischer Beifall.)

Auf Antrag des Redners Alob (Stuttgart) wurde der Parteileitung betreffs der Kassenführung Decharge ertheilt. Klavierarbeiter Schmidt (Berlin) stellte den Antrag: Befußt Beilegung der Streitigkeiten in Berlin eine Kommission zu wählen. Dieser Antrag rief eine lebhafteste Debatte hervor und wurde schließlich abgelehnt. — Buchdruckereibesitzer Werner (Berlin): Ich kann mich mit dem Bericht des Genossen Bebel nicht einverstanden erklären; ich vermiße einmal in demselben die Rechenhaftigkeit betreffs der Feier des 1. Mai und andererseits sind die Berliner Vorgänge mit keinem Worte erwähnt. Es ist in der Versammlung bei Lips in Berlin, in der der Genosse Bebel gesprochen hat, allerdings zu Gunsten der Faktion ein Beschluß gefaßt worden, allein in dieser Versammlung sind sehr viele Leute gewesen, die kaum zur Partei gehörten, die hauptsächlich hinkamen, um einmal den Genossen Bebel reden zu hören. Durch den bei Lips gefaßten Beschluß sind die Streitigkeiten keineswegs aus der Welt geschafft. Es ist doch kein Zweifel, daß in der Partei eine Korruption vorhanden ist. (Stürmischer Beifall.) Nun, ich nehme diesen Ausdruck zurück, allein eine gewisse Verumpfung ist nicht zu leugnen. Sie wissen, welche Vorwürfe mir der Genosse Grillenberger gemacht hat. Man hat mich als Geschäfts-Sozialist bezeichnet. Als das Berliner Volksblatt gegründet wurde, bewarb ich mich dort um eine Stellung in der Druckerei. Ich wurde zurückgewiesen, indem mir bedeutet wurde, daß meine geringen Lohnansprüche zu hohe seien. (Mühselige Lüge!) Wenn mir hier zugerufen wird, daß das Lüge ist, so berufe ich mich auf das Zeugniß des Herrn Bading in Berlin.

Es kann doch nicht geleugnet werden, daß der Faktionsvorstand gegen den Beschluß des St. Gallener Parteitages verstoßen hat, indem er die Parole ausgab, bei den Stichwahlen für die Freisinnigen zu stimmen. Sie wissen, Genossen, wie man den Abgeordneten Schippel behandelt hat. Jedenfalls ist ein wunder Fled in der Partei vorhanden, der zur Erkrankung und schließlich zum Zwiespalt der Partei führen möchte. Die Berliner opponirten nicht aus Lust am Opponiren, sie verlangen nur, daß dem Terrorismus in der Partei ein Ende gemacht werde. — Frankmann (Niedelburg): Er begrüße es mit Freuden, daß die Agitation jetzt mehr auf die ländliche Bevölkerung ausgedehnt werden solle. Er wünsche, daß der Kongreß betreffs der Aufhebung der Gefindeverordnung Beschlüsse fassen möge, denn es werde jetzt noch vielfach die Prügelstrafe in Anwendung gebracht.

Gerhart (Apolda): Er sei der Meinung, daß persönliche Streitigkeiten nicht auf den Parteitag gehören. — Theiß (Pangefeld) beantragte die Niederlegung einer Kommission. Die Debatte zeige, daß man ohne Weiteres nicht über die Berliner Streitigkeiten zur Tagesordnung gehen könne. — Wislitz (Berlin): Er sei mit dem Verhalten der Parteileitung betreffs des 1. Mai einverstanden, allein mit den Wahlkompromissen könne er sich auch nicht einverstanden erklären; allein trotzdem könne er dem Genossen Werner das Recht, von einer Verumpfung der Partei zu reden, nicht zugestehen. — Emmel (Mischaffenburg): Er sei wohl der Meinung, daß betreffs des 1. Mai von der Partei ein Fehler gemacht worden sei. Wäre derselbe in ganz Deutschland gefeiert worden, dann wäre der Kampf in Hamburg jedenfalls nicht ein solch heftiger gewesen. Auch betreffs der Stichwahlparole könne er sich nicht einverstanden erklären. — Schulz (Erfurt) äußerte sich in ähnlichem Sinne. — Von andern Rednern wird die Agitation gegen die ultramontane Partei begrüßt und die Begründung einer Frauenzeitung angeregt. — Frau Apotheker Thier (Berlin): der letzten Anregung könne sie sich nur in jeder Beziehung anschließen. Ueberhaupt sei es Pflicht der Partei, die Frauenbewegung mehr zu fördern. — Der Abg. Stadthagen (Berlin) beantragte: Befußt Prüfung der von Werner (Berlin) vorgebrachten Beschwerden eine Kommission von neun Personen zu wählen. — Es trat alsdann eine längere Pause ein. — Nach Wiedereröffnung der Sitzung nahm Schuhmachermeister Meßner das Wort: Er könne erklären, daß die Beschwerden, die Werner hier entwickelte, keineswegs von allen Berliner Genossen getheilt werden. Die Parole betreffs der Stichwahlen sei im Interesse der Taktik geboten gewesen und auch betreffs des 1. Mai habe die Faktion ganz korrekt gehandelt. Wäre der Faktionsbeschluß nicht erfolgt, dann wären die Maßregelungen jedenfalls doch bedeutend größer geworden. Die sogenannte Berliner Opposition bestehe schon seit Jahren, das haben die verschiedenen Stadtverordnetenwahlen bewiesen. Wenn die Feier des 1. Mai nicht imposanter ausgefallen sei, so liegt das eben daran, daß die Gewerkschaftsbewegung noch nicht genügend erstarkt sei.

Abg. Stolle (Gera) tritt für die Faktion ein. — Abg. Liebknecht: Ich muß gestehen, daß ich in Berlin eine eigentliche Opposition noch niemals gesehen habe. Wenn man uns den Vorwurf macht, daß wir zu langsam vorgehen, so ist das ebensoviel, als wenn man sagt: die Faktion ist vernünftig. Derjenige, der mit dem Kopf durch die Wand will, muß sich selbstverständlich den Kopf einrennen. Man sagt: jetzt haben wir 20 pCt.; ja vergißt man, daß wir immer noch 80 pCt. der Bevölkerung gegenüberstehen. Wollten wir in solchem Falle den Anarchisten folgen und mit Gewalt unsere Forderungen durchsetzen, dann würde man uns einfach ins Zuchthaus mit noch größerem Rechte ins Irrenhaus sperren. Der Redner wies alsdann die Behauptung zurück, daß er für irgend welche ausländische Zeitungen über die Parteistreitigkeiten geschrieben habe. Er habe nur in der Presse die Berliner Opposition als das gekennzeichnet was sie sei, da man in der gegnerischen Presse gefaselt habe, daß in der sozialdemokratischen Partei eine Spaltung vorhanden sei. — Eppener (Dresden): Er sei der Meinung, daß die Faktion vollständig im Interesse der Partei gehandelt habe. — Abg. Bebel: Die Beschwerden, die Werner vorgebracht sind, sind von kleinlicher Natur, daß dieselben wohl vor einem Kaffeeklatsch, aber nicht vor einem Kongreß der Sozialdemokraten Deutschlands, der bei Öffentlichkeit verhandelt, gehören. Ich glaube, ich habe Herrn Werner in Berlin genügend Rede gestanden. Ich werde die Kommission bitten, mich zu hören und alsdann dürfte die erforderliche Klarheit geschaffen werden. Was den Genossen Schippel anbelangt, so glaube ich, daß dieser manns genug ist, um sich selbst zu rechtfertigen. Im Uebrigen wird dem Abg. Schippel bekannt sein, daß seine Angelegenheit auf's Eingehendste geprüft worden ist. Auch herrschen in der Faktion vielfach Meinungsverschiedenheiten.

## Vermischtes.

† **Familientragödie.** Außer einem Kinde, welches man vor einigen Tagen bei Niesla aus der Elbe zog, hat man nun auch die Leiche eines feingeleiteten Mannes, welcher sich eine große Photographie jenes Kindes auf der Brust festgebunden hatte, an der Ankerkette eines Rahmes am Elbuhal aufgefunden. Die angestellten Untersuchungen ergaben, daß eine ganze Familie, Namens Wook aus Apolda, den Tod in der Elbe gesucht und gefunden hat. Wie es scheint, hat der Vater zuerst sein Kind ertrügt, den Leichnam in die Elbe geworfen und sich dann mit seiner Frau gemeinsam ertränkt. Die Leiche der Letzteren ist noch nicht gefunden worden. Die Wook'sche Familie kam vor einigen Tagen von Leipzig, stieg auf dem Riesaer Bahnhof aus, obwohl die Billets bis Dresden lauteten und logirte sich im „Deutschen Haus“ etc. Am Abend 6 Uhr verließ das Ehepaar mit dem Kinde



Das Hotel, angeblich, um sich Riesa anzusehen und erklärte, um 9 Uhr die Fahrt nach Dresden fortsetzen zu wollen, kehrte jedoch nicht zurück. Was die Unglücklichen in den Tod getrieben hat, ist noch nicht bekannt.

**Amerikanische Zeitungen.** Die „New York World“ erzielte im letzten Jahre einen Nettogewinn von 1200 000 Doll. Der Ertrag der Sonntagsausgabe des Blattes war allein genügend, um alle Betriebskosten des Blattes zu decken, so daß alle aus der täglichen und Wochenausgabe erwachsenden Einnahmen als Reingewinn betrachtet werden könnten. Der Geschäftsnutzen des „New York Herald“ wird auf 300–400 000 Doll. das Jahr veranschlagt. Die „Chicago-Tribüne“ bringt ihren Eigenthümern jährlich 200 000 Doll. ein.

## Lothales.

Posen, den 15. Oktober.

\* Herr Oberbürgermeister Müller ist nunmehr durch Beschluß des Bundesraths für die erledigte Stelle eines Mitgliedes des Reichsbank-Direktoriums in Vorschlag gebracht worden und dürfte die Ernennung in nächster Zeit erfolgen.

\* Herr Postath Subert hier selbst ist, wie der „Reichsanzeiger“ amtlich meldet, zum Oberpostdirektor ernannt worden.

## Aus der Provinz Posen und den Nachbarprovinzen.

\* **Aus Ostpreußen, 14. Okt.** [Eisenbahnunglück.] Abermals kommt die Kunde von einem schweren Eisenbahn-Unfall. Das dem Freitag Abends 8 Uhr 53 Minuten von Tilsit abgegangenen Personenzuge begegnete. Zwischen den Stationen Kufowen und Wilkitten, kurz vor der über den Tenne-Fluß führenden Brücke, bemerkte der Lokomotivführer einen dunklen Gegenstand auf der Strecke. Sofort gab er das Warnungssignal, verminderte auch die Fahrgeschwindigkeit des Zuges, allein vergebens: Schon im nächsten Augenblick war der dunkle Gegenstand, der jetzt als ein Fuhrwerk erkannt wurde, ganz nahe vor der Lokomotive und unaufhaltsam fauste diese über das Fuhrwerk hinweg. Ein lautes Krachen und ein marterischillernder Schrei erfolgte und dann war Alles still. Der Lokomotivführer, der durch den heftigen Stoß beinahe von seinem Platz geschleudert worden wäre, gab sofort das Nothsignal zum Bremsen. Der Zug wurde nach 500 Meter Fahrt zum Stehen gebracht und es ergab sich folgender Thatbestand: Die Lokomotive war vorn vollständig wie mit Blut übergoßen, auch klebten Theile von einem menschlichen Körper an derselben. Unter dem ersten Personenwagen hinter dem Packwagen wurde ein Leichnam vorgefunden. Dieser war um die Achse des Wagens gedreht und wurde nach Abnahme als die Leiche eines Mannes erkannt, dem Kopf, Arme und ein Theil der Brust fehlten. Weiter nach dem Ende des Zuges hin fand man Theile eines Pferdes und weiter zurück auf dem Geleise den Kopf und die Arme der Leiche, sowie den Kadaver des Pferdes, auch Theile eines zertrümmerten Fuhrwerks. Die Hälfte der eisernen Achse eines Fuhrwerks und die Nabe eines Wagenrades lagen unter dem linksseitigen Vorderrad des Gepäckwagens und hatten diese etwa 6 Zoll über Schienenoberfläche emporgehoben, so daß, wenn der Zug nur noch ein paar Meter weiter gefahren, der Gepäckwagen sofort aufgesetzt wäre und die anderen Wagen mitgerissen hätte. Der Zug traf mit 1 1/2 Stunden Verpätung in Memel ein.

## Angelommene Fremde.

Posen, 15. Oktober.

Grand Hotel de France. Die Rittergutsbesitzer Graf Zoltowski aus Czacz, Kierski aus Rogasen, Alzdisporoski und Frau aus Debezy, Frau Czapska und Tochter aus Barbo, Kiersniewski aus Rußland, Sikorski aus Giecz, die Kaufleute Jacoby aus Berlin, Neumann aus Halle a. S.

Stern's Hotel de l'Europe. Gutsverwalter v. Bongowski aus Biernaki, Musikdirektor Brinmann aus Fürstberg, Generalagent Lempe aus Hannover, Alseffor Balzow aus Raumburg, die Kaufleute Elsholz aus Solingen, Cohn mit Familie aus Liegnitz, Cohn und Frau aus Bomm, Ruben aus Elbing.

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Landrätthe v. Göze aus Schildberg, Frhr. v. Lützow aus Ostrowo, Germerz-Banjen und Dekonom Lombard aus Krotoschin, Fabrikant Blumenkhal aus Glogau, die Kaufleute Sprung, Schindler, Goldschild und Seymann aus Breslau, Brilles aus Bromberg, Lewin und Bedretti aus Berlin, Appert aus Frankfurt a. M., Schneider aus Köln, Probbach aus Amsterdam, Röttger aus Hohenstein, Krause aus Rawitz, Adams aus Gera, Schwoob aus Paris, Frau Semmann und Tochter aus Berlin.

Mylius Hotel de Dresda (Fritz Bremer). Die fgl. Landrätthe v. Günther aus Frankfurt, v. Willich aus Birnbaum, v. Scheele aus Rempen, Dr. Zwider aus Mejeritz, Klapp aus Reutemischel, Frau General Banjelow und Tochter aus Mecklenburg, Hauptmann Zimmer aus Thorn, Rittergutsbesitzer Zimmer aus Schlesien, Fabrikbesitzer Schümel aus Ratibor, die Kaufleute Noll aus Berigsdorf i. Schweiz, Lipmann aus Breslau, Taute aus Rathenow, Trautvater, Felsmann und Mühlenkhal aus Berlin, Rentier Rosenbusch aus Nürnberg.

Hotel de Berlin (W. Kamieński). Rittergutsbesitzer v. Grabski aus Posen, Rittergutsbesitzer Wize aus Jezewo, Chemiker Dr. v. Dobrzynski aus Bronte, Lehrer Stachowiak und Frau aus Klecko, die Kaufleute Vincus und Frau aus Rawitz, Salamonstky, Nachmiedel und Frau Hoppenheim aus Berlin.

Hotel Concordia am Bahnhof — P. Röhr. Die Kaufleute Böttcher und Moses aus Breslau, Vesser aus Berlin, Simon und Frau aus Kurnitz, Stolpe aus Gnefen, Frau Pospielska aus Dolzig, Kandidat Doekler aus Breslau, Gutsbesitzer Brandenburg aus Gr.-Golde, Rand. phil. Urgoncki aus Hirschberg.

Theodor Jahns Hotel garni. Die Kaufleute Jordan, Woysh, Graul und Wittenberg aus Breslau, Isaac aus Zielenszig, Rentier Wotke aus Reppen.

Graefe's Hotel Bellevue. Die Kaufleute Stammer, Neustätter und Salomonaak aus Breslau, Artelt aus Peterswaldau, Lewin aus Potsdam, Krüger aus Berlin, Lehrer Kriese aus Garzin, Chemiker Lorenz aus Warschau und Rechtsanwalt Pfeiffer aus Dobriehitz i. B.

Keiler's Hotel zum Englischen Hof. Die Kaufleute Lewinski aus Breslau, Wolf und Nachmiedel jun. aus Berlin, Frau Koppenheime und Familie aus Grätz, Levy aus Magdeburg.

Georg Müller's Hotel „Altes deutsches Haus“. Die Kaufleute Epphaim, Cohn und Soika aus Breslau, Kammer und Levy aus Berlin, Lampel aus Dresden, die Steuersupernumerare Klein aus Kreuzburg, Kaiser aus Hameran, Bauunternehmer Wind aus Köln und Ingenieur Meier aus Berlin.

J. Graetz's Hotel „Deutsches Haus“, vorm. Langner's Hotel. Die Kaufleute Wleklinski aus Frankfurt, Frau Smietzel aus Thorn, Boelan aus Bentischen, Cleffmann aus Gladbach, Rentier Carracin aus Koryzowo, Landwirth Krause aus Oppeln, die Fabrikanten Schmidt und Geisker aus Hamburg.

## Handel und Verkehr.

\* **Von der Reichsbank.** Von zuständiger Seite erfährt das „Berl. Tageblatt“, daß die Bankdiskonterhöhung ihre Schuldigkeit thut, indem die Anlagekonten abgenommen haben und ferner ein Zufluß von Gold aus dem Auslande stattgefunden hat, zumal die Wechselkurse für Deutschland günstig sind. Ein Abfluß nach Rußland hat neuerdings nicht mehr stattgefunden. Eine fernere Diskonterhöhung ist als unwahrscheinlich anzusehen. Im Uebrigen aber beweist die Steigerung, welche der Privatdiskont in den letzten Tagen erfahren hat, daß die Bankverwaltung im Rechte war, als sie im Widerspruch mit einigen Mitgliedern des Ausschusses, die jüngste Diskonterhöhung vornahm.

\* **Für die Zuteilung auf die Zeichnungen neuer deutscher Reichsanleihe und Consols** ist, wie nunmehr feststeht, kein einheitlicher Modus festgesetzt worden. In einzelnen Fällen wurden 25, in anderen bis 75 Proz. zugetheilt. Im Durchschnitt beläuft sich die Zuteilung auf annähernd 40 Proz.

\* **Münchberg, 11. Okt.** [Hopfenbericht.] Das Geschäft am vergangenen Mittwoch verlief so ruhig, daß nicht mehr als ca. 600 Ballen zu gedrückt Preisen gehandelt wurden. Der Verkauf am Donnerstag ging nur schleppend von Statten. Die gedrückte Stimmung prägte sich so aus, daß für Marktware ein Rückschlag von ca. 10 M. zu verzeichnen ist. Von auswärtigen Sorten konnten sich nur Prima nahezu behaupten, während Mittelsorten ebenfalls eine kleine Einbuße erleiden mußten. Durch die Landzufuhr von 700 Ballen und die noch größeren Sendungen per Bahn war die Auswahl eine große. Marktware löste 175–195 M., Nischgründer 195–210 M., große Posten Hallertauer 210–225 M., Württemberger 215–230 M. Der Gesamtumsatz betrug 1100 Ballen bei ruhiger, gedrückter Stimmung. Der gestrige Markt hatte eine Landzufuhr von 250 Ballen und einen Totalumsatz von ca. 500 Ballen. Die Preise waren gedrückt und die Stimmung ruhig. Markthopfen notiren 175–180–190 M., feine Gebirgshopfen 210 M., Württemberger und Hallertauer 210–220 M., Siegelhopfen verschiedener Abitammung 230–240 M. Heute ist das Geschäft in fortgesetzter rückgängiger Bewegung bei einer Zufuhr vom Lande mit ca. 300 Ballen. Es wird nun zur Thatsache werden, was wir voraus gesagt haben, daß ein Preisrückgang unausbleiblich ist; sobald einmal unsere Lager mehr gefüllt sind, was jetzt schon bald der Fall sein wird, steht weiterer Preisrückgang zu erwarten. Markthopfen prima 200–210 M., sekunda 180–190 M., Gebirgshopfen 210–220 M., Hallertauer Siegelhopfen (Wolnzach, Au, Mainburg) prima 230–240 M., Hallertauer ohne Siegel prima 220–230 M., do. sekunda 200–210 M., Spalter leichte Lagen 240 bis 270 M., Nisch- und Zenngründer prima 200–220 M., do. sekunda 175–190 M., Württemberger prima 225–235 M., do. sekunda 200–210 M., Badische prima 225–235 M., Elsfässer prima 210–220 M., do. sekunda 180–200 M., Altmärker und Oldenburger 160–170 M. (Hopf.-Kur.)

\* **Wien, 14. Okt.** Wie einige Blätter melden, hat ein Konfession, an dessen Spitze sich die Ottomanbank befindet, 30 Millionen Frank's serbische Werthe übernommen. Der Sitz des Konsortiums ist Paris.

## Telegraphische Nachrichten.

**Kiel, 14. Okt.** Die „Kieler Ztg.“ meldet aus Friedrichstadt (Schleswig): Vier Matrosen eines englischen Schiffes stürzten sich in den Hafen, um an Bord ihres abfahrenden Schiffes zu gelangen. Zwei derselben sind dabei ertrunken.

**Greifswald, 14. Okt.** Der Rektor der Universität, Geh. Regierungsrath Professor Dr. Drechsler, ist heute früh in Folge eines Schlaganfalls gestorben.

**Köln, 14. Okt.** Der königliche Gartenbau-Direktor und langjährige Direktor der Flora, Julius Niepraschk, ist in Folge eines Schlaganfalls gestorben.

**Halle a. S., 14. Okt.** Die städtischen Behörden haben 1000 Mark für die Moltke-Stiftung und für eine selbständige Adresse der Stadt Halle an den Grafen von Moltke ausgesetzt.

**Duisburg, 14. Okt.** Die englische Post vom 13. d. M. 7 Uhr 30 Min. Vormittags ist ausgeblieben. Grund: Nebel auf See.

**Neu-Strelitz, 14. Okt.** Der für beide Mecklenburg gemeinsame Landtag wird am 19. November in Malchin eröffnet werden.

**Wien, 14. Okt.** In der heutigen Eröffnungssitzung des niederösterreichischen Landtags legte der Statthalter Graf Kiekmannfegg die Gesetze betreffend Vereinigung mehrerer Gemeinden und Gemeindefeile mit Wien, sowie die darauf bezüglichen Einzelbestimmungen vor. In längerer Rede erklärte der Statthalter, die Regierung wolle Wien von seinen jetzigen Fesseln befreien und ihm ein Territorium geben, welches seiner Entwicklung den freiesten Spielraum gewähre. Die Regierung werde einen Theil der Linienwall-Gründe der künftigen Stadtbahn widmen und durch eine neue Bauordnung dahin wirken, daß in einigen Theilen des neuen Territoriums nicht Zinskasernen, sondern Villen mit Gärten gebaut würden. Der Statthalter gab der Hoffnung Ausdruck, daß durch diese Umgestaltungen die Arbeiter und Gewerbetreibenden reichen Erwerb finden würden und versicherte Wien der immerwährenden kaiserlichen Huld und des Wohlwollens der Regierung. Die Rede wurde sehr beifällig aufgenommen.

**Prag, 14. Okt.** Im Klub der deutschen Landtags-Abgeordneten wurden heute die von Dr. Schmeffel Namens des Exekutivkomites gemachten Mittheilungen ohne Debatte entgegengenommen. Die Theilnehmer an der Versammlung verpflichteten sich zur Geheimhaltung der gefaßten Beschlüsse.

**Haag, 14. Okt.** In der zweiten Kammer theilte der Premierminister mit, daß der Justizminister und der Kolonienminister gestern in Zoo eine Unterredung mit den Vertretern des Königs über die Krankheit des Letzteren hatten. Der Minister rath erwäge die Frage, ob es jetzt schon nothwendig sei, besondere Maßregeln für die Leitung der Geschäfte des Landes zu ergreifen.

**Bern, 14. Okt.** Nach aus Bellinzona hier eingegangener Meldung hat sich die Wiedereinsetzung der früheren Regierung des Tessin ohne Zwischenfall vollzogen. Am Donnerstag wird das dorthin verlegte Dragoner-Regiment zurückgezogen, um am Freitag entlassen zu werden.

Zu der vom Bundesrath auf den 16. Oktober einberufenen Verständigungs-Konferenz von Vertretern beider Parteien im Tessin hat der Präsident des Staatsraths, ebenso der Konservative Polar und der Liberale Boda die Btheiligung abgelehnt.

**Paris, 14. Okt.** Der Ministerrath beschloß, den Kammer gleichzeitig zwei Zolltarife vorzulegen, einen Maximaltarif für diejenigen Staaten, welche Frankreich keinerlei Vortheile gewähren und einen Minimaltarif für diejenigen Nationen, welche Frankreich auch ihrerseits Vortheile einräumen. Diese beiden Tarife sind bereits fertig gestellt. Die Regierung kann aus eigenem Ermessen provisorisch den Minimaltarif Nationen gegenüber anwenden, welche Frankreich Vortheile gewähren, jedoch ist für ein definitives Arrangement die Genehmigung der Kammer erforderlich.

**Paris, 14. Okt.** In dem heutigen Ministerrathe einigte sich der Finanzminister Rouvier mit den übrigen Ministern über die Mittel zur Bedeckung des Defizits von 19 Millionen in dem künftigen Budget dahin, daß außer den bereits geforderten Zuschlagssteuern auf Melasse und Reis, die einen Ertrag von 11 Millionen ergeben werden, noch eine Steuer auf pharmazeutische und hygienische Spezialitäten mit einem muthmaßlichen Ergebniß von 12 Millionen vorgeschlagen werden soll, so daß nicht nur das Defizit gedeckt, sondern noch ein Ueberschuß von 4 Millionen erzielt werden würde.

**Paris, 14. Okt.** Der Amerikanisten-Kongreß wurde heute Nachmittag eröffnet. Der Präsident Quatrefages hieß die Theilnehmer an der Versammlung, unter denen sich auch die Berliner Delegirten Schöne und Hellmann befinden, willkommen. Nach der Sitzung begaben sich die Mitglieder des Kongresses nach dem Hotel de Ville, wo der Stadtrath ihnen einen festlichen Empfang bereitet hatte.

## Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Oktober 1890.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. t. Cels. Grad
14. Nachm. 2	760,7	W schwach	heiter	+ 16,2
14. Abends 9	759,7	W	völlig heiter	+ 8,5
15. Morgs. 7	756,8	W leicht	bedeckt	+ 4,1
Am 14. Oktober	Wärme-Maximum			+ 16,9° Cels.
Am 14.	Wärme-Minimum			- 12,6° =

## Wasserstand der Warthe.

Posen, am 14. Oktober Morgens 1,46 Meter.  
" " 14. " Mittags 1,48 "  
" " 15. " Morgens 1,56 "

## Telegraphische Börsenberichte.

### Bonds-Kurse.

**Hamburg, 14. Okt.** Gold in Barren per Kilogr. 2786 Br., 2786 Br., 2782 Gd.  
Silber in Barren pr. Kilogr. 148,25 Br., 147,75 Gd.  
**Frankfurt a. M., 14. Okt.** (Schluß-Kurse.) Matt.  
Lond. Wechsel 20,322, Barier do. 80,35, Wiener do. 177,40, Reichsanleihe 105,50, Dester. Silber. 78,10, do. Papier. 78,20, do. 5proz. do. 89,80, do. 4proz. Goldr. 95,00, 1860er Loose 125,50, 4proz. ungar. Goldr. 95,00, Italiener 93,10, 1880er Russen 97,10, 11. Orientanl. 80,70, III. Orientanl. 81,40, 5proz. Spanien 76,00, Unif. Egypter 96,90, Konvertirte Türken 18,30, 4proz. portugies. Anleihen 60,80, 5proz. serbische Rente 88,80, Serb. Tabakrente 89,20, 6proz. konjol. Mexikaner 93,10, Böhm. Westbahn 298 1/2, Centr. Pacific 110,30, Franzosen 218 1/2, Galizier 177 1/2, Gott-hardebahn 160,20, Hess. Ludwigsb. 117,50, Lombarden 133, Ldb.-Büchener 166,50, Nordwestb. 192 1/2, Unterelb. Br.-Akt. —, Kreditaktien 270 1/2, Darmstäd. Bank 159,00, Mitteld. Kreditbank 111,50, Reichsbank 144,00, Disk.-Kommand. 221,90, 5proz. amort. Rumänier 99,40, Böhm. Nordbahn 187 1/2, Dresdener Bank 158,00, 3 1/2proz. Egypter 92,10, 3proz. türk. Anleihe 81,40, Court. Bergwerksaktien 115,00, Privatdiskont 5 1/2 Proz.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 270 1/2, Franzosen 220, Galizier —, Lombarden 133, Egypter 96,90, Diskonto-Kommandit 221,80.

**Wien, 14. Okt.** (Schluß-Kurse.) Auf Geldknappheit andauernd gedrückt, Schluß referirt.

Dester. Papier. 88,30, do. 5proz. do. 101,25, do. Silberrente 88,45, 4proz. Goldrente 107,25, do. ungar. Goldr. 101,15, 5proz. Papierrente 99,00, 1860er Loose 138,00, Anglo-Aust. 161,40, Länderbank 231,80, Kreditaktien 307,35, Unionbank 243,50, Ung. Kredit 351,50, Wiener Bankverein 119,00, Böhm. Westb. 336,00, Baisch. Eisenb. 484,50, Dux-Bodenb. —, Elbethalb. 232,25, Elisabethb.-bahn —, Nordb. 277,00, Franzosen 248,00, Galizier 201,75, Alp. Montan-Aktien 92,30, Vemberg-Cernowit 229,00, Lombarden 150,25, Nordwestbahn 217,50, Pardubitzer 175,00, Tramway 229,50, Tabakaktien 136,00, Amsterdamer 94,75, Deutsche Plätze 56,20, Lond. Wechsel 114,40, Barier do. 45,20, Napoleons 9,04 1/2, Marknoten 56,20, russ. Banknoten 142 1/2, Silberkup. 100,00, Böhmische Nordbahn 212,00, Bulgarische Anleihe —, Türkenloose —, Alodaktien —, Privatdiskont —, Prozent.

**Petersburg, 14. Oktober.** Wechsel auf London 79,80, Russ. II. Orientanleihe 102 1/2, do. III. Orientanleihe 103 1/2, do. Bank für auswärtigen Handel 267 1/2, Petersburger Diskontobank 595, Warschauer Diskontobank —, Petersburger intern. Bank 480 1/2, Russ. 4 1/2proz. Bodenkredit-Pfandbriefe 130, Große Russ. Eisenbahn 207, Kursk-Kiew-Aktien —, Russ. Südwestbahn-Aktien 110 1/2.

**London, 14. Oktober.** Abends. Preussische Consols 105, engl. 2 1/2proz. Consols 95 1/2, konv. Türken 18, 4proz. konjol. Russen 1889 (II. Serie) 97, Italiener 92 1/2, 4proz. ungarische Goldrente 88 1/2, 4proz. unific. Egypter 96 1/2, Ottomanbank 14 1/2, 6proz. konjol. Mexikaner 93, Silber 49 1/4, Lombarden —, De Beers —, Rupees —.

In die Bank fließen 200 000 Pfd. Sterl.  
**Rio de Janeiro, 13. Okt.** Wechsel auf London 22.

### Produkten-Kurse.

**Danzig, 14. Oktober.** Getreidemarkt. Weizen loco unverändert, Umjag 100 Tonnen, do. bunt und hellfarbig —, do. hellbunt 180–187, do. hochbunt und glattig 187, per Oktob.-November Transit 147,50, per April-Mai Transit 150,50, — Roggen loco fest, inländischer per 120 Pfd. 165–166, do. polnischer oder russischer Transit —, do. per Oktober-November 120 Pfund Transit 112,50, do. per April-Mai 111,50, — Gerste große loco 150–155, Gerste kleine loco 132, Hafer loco —, Erbsen loco



**London**, 14. Okt. An der Küste 4 Weizenladungen angeboten. — Wetter: Nebel.

5<sup>3</sup>/<sub>4</sub> C., per November 1 D. 6<sup>1</sup>/<sub>2</sub> C.

**Berlin**, 14. Oktober. Im Getreidemarkt nahm heute wieder die Abwicklung der Oktoberverpflichtungen das Hauptinteresse in Anspruch. **Weizen**, welcher von Newyork von gestern 1 $\frac{1}{8}$  bis

**Berlin**, 14. Oktober. Im Getreidemarkt nahm heute wieder die Abwidelung der Oktoberverpflichtungen das Hauptinteresse in Anspruch. **Weizen**, welcher von Newyork von gestern  $1\frac{1}{8}$  bis  $1\frac{1}{4}$  Cent höher notirt wurde, ist hier per Oktober gesucht und  $2\frac{1}{4}$  Mark höher; hintere Termine sind wenig verändert bei ruhigem Verkehr. Für **Roggen** wurden nahe Sichten  $\frac{1}{4}$ — $\frac{1}{2}$  Mark besser bezahlt; da die Lagerinhaber etwas unter Bezugspreis abgeben, sind neue Erwerbungen von außerhalb ausgeschlossen. Der **Frisch-**

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Deder & Comp. (N. Möbiel) in Posen.